

Antrag

der Abgeordneten Gyde Jensen, Alexander Graf Lambsdorff, Peter Heidt, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Till Mansmann, Dr. Jürgen Martens, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Den steigenden Repressionen in Hongkong entgegentreten – Den deutschen und europäischen Einsatz für die Menschenrechte erhöhen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit der Verabschiedung des sogenannten nationalen „Sicherheitsgesetzes“ für die Sonderverwaltungszone Hongkong im Juni 2020 warnen prodemokratische Aktivistinnen und Aktivisten in Hongkong sowie ihre internationalen Partnerinnen und Partner vor einer beispiellosen Gefahr für die Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong. Fast unmittelbar haben sich die schlimmsten Befürchtungen der Freiheitsbewegung und demokratischen Opposition im Hinblick auf das neue Gesetz erfüllt, welches zunehmend durch die pekingtreue Regierung in Hongkong angewendet wird – und das sogar zeitlich rückwirkend für Tatbestände, die vor dem Inkrafttreten des Sicherheitsgesetzes stattgefunden haben sollen.

Die Repressalien des chinesischen Präsidenten Xi Jinping und der Kommunistischen Partei auf die Hongkonger Demokratiebewegung hat in den vergangenen Monaten dramatisch zugenommen. Am 6. Januar 2021 wurden durch die Polizei in Hongkong auf Grundlage des sogenannten Sicherheitsgesetzes 53 Oppositionsvertreter festgenommen, denen „Subversion“ vorgeworfen wird. Die Festnahmen gehen auf die inoffiziellen Vorwahlen, die die demokratische Opposition im Juli 2020 vor der später wegen

der Pandemie abgesagten Parlamentswahl abgehalten hatten, zurück (www.zeit.de/politik/ausland/2021-01/hong-kong-demokratie-festnahmen-sicherheitsgesetz). Mit diesen illegitimen Festnahmen und Anklagen werden Menschen für die friedliche Ausübung ihres Menschenrechts auf Meinungsfreiheit und politische Teilnahme verfolgt, die im Hongkonger Basic Law gemäß dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verankert sind. Am 14. Januar 2021 wurden elf weitere Demokratie-Aktivist*innen festgenommen, denen die „Unterstützung von Straftätern“ im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch von Aktivist*innen nach Taiwan vorgeworfen wird (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/demokratiebewegung-wieder-festnahmen-in-hongkong-17145314.html). Auch drohen bereits verurteilten Aktivist*innen wie Joshua Wong weitere ernsthafte Klagen und langjährige Haftstrafen. Ein Ende des aggressiven Verhaltens gegen die Demokratiebewegung unter dem Vorwand des Sicherheitsgesetzes ist nicht in Sicht.

Insgesamt wurden bereits mehr als 100 Menschen aufgrund des sogenannten Sicherheitsgesetzes festgenommen (www.reuters.com/article/us-hongkong-security-arrests/hong-kong-police-arrest-11-on-suspicion-of-aiding-activists-escape-attempt-idUSKBN29J02V). Auch die Grundfreiheiten im digitalen Raum werden durch das Gesetz eingeschränkt: Am 10. Januar 2021 wurde die erste pro-demokratische Webseite aufgrund des Gesetzes blockiert (www.reuters.com/article/us-hongkong-security-website/hong-kong-protest-related-website-says-users-access-blocked-idUSKBN29F07T). Die Internetfreiheit ist eine Grundvoraussetzung des Menschenrechts auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Information. Mit dem breiten Anwendungsspektrum des Gesetzes und dem Ausbau des Einflusses Pekings in der Sonderverwaltungszone werden die Menschen in Hongkong zunehmend in ihren Freiheitsrechten beschnitten. Die systematischen Unterdrückungsmaßnahmen und die damit verbundenen Verletzungen der Menschen- und Freiheitsrechte verurteilt der Deutsche Bundestag auf das Schärfste.

Mit der Einführung der Globalen Sanktionsregelung der Europäischen Union im Bereich der Menschenrechte (EUGHRSR) im Dezember 2020, welche während der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedet wurde, verfügt die EU über ein neues Instrument, Menschenrechtsverstöße zu ahnden. Dieses Regime soll die EU dazu befähigen, schwere sowie weitverbreitete und systematische Menschenrechtsverletzungen wirksam zu bekämpfen. Dazu zählen auch zahlreiche Fälle, die in Hongkong regelmäßig dokumentiert werden, wie u. a. die stattgefundenen willkürlichen Festnahmen oder Inhaftierungen, Missbräuche der Versammlungs- oder Vereinigungsfreiheit und die stetigen Verletzungen der Meinungsfreiheit. Dies stellt aus Sicht des Deutschen Bundestages einen Sachverhalt dar, der klar unter den Anwendungsbereich des EUGHRSR fällt. Deutschland muss sich auf EU-Ebene dafür stark machen, dass die EU zu ihren Grundwerten und zur Einhaltung des Völkerrechts steht. Auch vor dem Hintergrund der zum Jahresende 2020 erfolgten politischen Grundsatzvereinbarung über ein Investitionsabkommen zwischen der EU und China kommt aus Sicht des Deutschen Bundestages dem glaubwürdigen europäischen Einsatz für die Menschen- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger von Hongkong besondere Bedeutung zu. Denn vertiefte und langfristige wirtschaftliche Beziehungen der EU mit der Volksrepublik China erfordern Zugeständnisse, dass die Volksrepublik China seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt und die Einhaltung der menschenrechtlicher Prinzipien gewährleistet.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf höchster diplomatischer Ebene sowie gemeinsam mit europäischen Partnern die jüngsten Verhaftungswellen, die zunehmende Repression und die massiven Menschenrechtsverletzungen in Hongkong auf das Schärfste zu verurteilen;

2. sich in bilateralen und multilateralen Gesprächen gegenüber der chinesischen Regierung für die Einhaltung der völkerrechtlich garantierten Menschen- und Bürgerrechte nachdrücklich einzusetzen. Dazu gehört auch die Forderung, alle politisch Inhaftierten freizulassen und alle Klagen gegen die Demokratie-AktivistInnen fallenzulassen;
3. sich auf europäischer Ebene und gegenüber europäischen Partnern mit Nachdruck für die Verhängung von personenbezogenen Sanktionen im Rahmen der Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte gegenüber führenden Parteifunktionären der Kommunistischen Partei Chinas einzusetzen, die für schwere Verletzungen der Menschenrechte in Hongkong und den Bruch des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ auf Basis der „Chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong“ von 1984 verantwortlich sind;
4. sich auf EU-Ebene für eine baldmöglichste Abstimmung mit der neuen US-Regierung über den Umgang mit der chinesischen Politik in Menschenrechtsfragen, wie beispielsweise der zunehmenden Repression in Hongkong, und für die Einrichtung eines regelmäßigen europäisch-amerikanischen Strategiedialogs zu China und der Indo-Pazifik-Region auf Ministerebene einzusetzen;
5. sich auf EU-Ebene für eine enge Abstimmung in der China-Politik mit weiteren Wertepartnern wie Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland einzusetzen;
6. vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse bürokratische Hürden bei Einreise- und Aufenthaltsbewilligungen für Hongkong-Chinesen abzubauen und zusätzlich ein Willkommensprogramm aufzulegen, um qualifizierten Fachkräften aus Hongkong zu ermöglichen, in Deutschland zu leben und zu arbeiten;
7. als größte Volkswirtschaft der EU und wichtiger bilateraler Handelspartner Chinas auf EU-Ebene die Forderungen nach einer Nachverhandlung des Investitionsabkommens zu unterstützen, die zum Ziel hat, die menschenrechtlichen Bedenken gegenüber der Volksrepublik China und den Anspruch einer wertegeleiteten EU-Außenpolitik im Vertrag abzubilden. Je nach Formulierung des konkreten Vertragstextes könnten dafür eine Menschenrechtsklausel für einzelne Vertragsbestandteile oder konkrete und überprüfbare Zielvorgaben zur Umsetzung menschenrechtlicher Standards (darunter die ILO-Kernarbeitsnorm zur Abschaffung von Zwangsarbeit) als Voraussetzung für das Inkrafttreten des Abkommens adäquate Mechanismen sein.

Berlin, den 9. Februar 2021

Christian Lindner und Fraktion

